

MitbürgerInnen
Kolleginnen und Kollegen,

In Zeiten hoher Arbeitslosigkeit

In Zeiten in denen immer mehr Menschen in
Niedriglohnbereiche gedrängt, Zeit- und Leiharbeit auf
Kosten der Stammbeschaften ausgeweitet werden

und

Hungerlöhne trotz vollschichtiger Arbeit die Existenzen
bedrohen und damit ein Leben nur durch staatliche
Transfers zu sichern ist.

In dieser Zeit ist es vielleicht nicht ganz einfach
Solidarität für die berechtigten Anliegen von
BeamtenInnen zu erfahren.

**Aber ich sage auch ganz deutlich – wir werden uns
nicht von interessierten Kreisen spalten lassen !**

Darum vorweg:

Es geht nicht um eine sog. Privilegiendebatte nach
Stammtischmanier

Konkret geht es um BeamtInnen die z.B. als

- Justizvollzugsbeamter
- Feuerwehrmann

(1.900 bis 2.000 € - verh. 1 Kind)

Ich rede auch nicht über die Frage ob die Höhe der
Abgeordnetendiäten im Dt. Bundestag oder anderswo
gerechtfertigt sind oder nicht. – **Im Gegenteil:** Die
Argumentation für die Erhöhung der Diäten war u.a.,
dass seit 2003 die AbgDiäten stagnieren.

Man höre und staune !

So ähnlich ist das doch auch bei den BeamtenInnen im Land Bremen – hier ab 2004, aber noch schlimmer - darauf noch Kürzungen (Weihnachtsgeld, Urlaubsgeld).

Liebe KollegInnen,

Heute und hier geht es darum, dass im Bremer Landeshaushalt 2008 die Besoldungserhöhung der BeamtenInnen in Höhe von 2,9 Prozent eingestellt und nicht wie beabsichtigt diese gekürzt und verschoben wird.

Die CDU Fraktion hat in der heutigen Bürgerschaftssitzung einen Gesetzentwurf zur Anpassung der Besoldungs- und Versorgungsbezüge im Land Bremen eingebracht. Dabei geht es darum, die Entscheidung der Besoldungserhöhung jetzt zu treffen. Ziel ist, die Erhöhung, wie ursprünglich vorgesehen, am 01. Januar 2008 um 2,9 Prozent umzusetzen.

Die CDU begründet ihren Antrag u.a. damit, dass es auch darum geht, gegenüber den Menschen Wort zu halten.

Recht haben sie !

Ich sage aber auch, dass muss auch für andere Felder gelten.

Zum Beispiel beim Thema „**Mindestlohntarifvertrag für Postdienste**“. Auch hier gibt es eine klare Zusage, in diesem Fall der CDU auf Bundesebene, und zwar die Allgemeinverbindlichkeit des

Mindestlohntarifvertrages für Postdienste ab
01. Januar 2008 passieren zu lassen.

Seit der neuesten Koalitionsrunde soll dieses Wort
nicht mehr gelten .
Der ver.di Tarifvertrag wird in Frage gestellt.

Kolleginnen und Kollegen,

auf dem ersten Blick zwei verschiedene Themen.

Das Ergebnis ist jedoch,

für immer mehr Menschen geht ein Stück

Glaubwürdigkeit und Vertrauen verloren.

Vielleicht auch schon ein möglicher Vorgeschmack auf
die im Januar 2008 beginnende Tarifrunde des
öffentlichen Dienstes.

So kann es aber nicht gehen:

**Die Beschäftigten des ÖD und damit auch die
BeamtenInnen leisten gute Arbeit !**

**Die Beschäftigten des ÖD und damit auch die
BeamtenInnen sind nicht die Gruppe die mehr als
Andere zur Haushaltssanierung beizutragen
haben.**

**Niedersachsen, Hamburg und Schleswig Holstein
werden ab 1. Januar 2008 die Besoldungs- und
Versorgungsbezüge ihrer BeamtenInnen erhöhen.**

**Ein Auseinandertriften im Ländervergleich birgt
eine große und nicht zu unterschätzende Gefahr
für die künftige Personalentwicklung.**

**Deshalb appellieren wir hier und heute nochmals
eindringlich an den Senat:**

**Kehren Sie zu einer gerechten Besoldungspolitik
zurück !**

Erhöhen sie die Besoldung ab dem 1.Januar 2008 !

**Zahlen Sie das Urlaubs- und Weihnachtsgeld
wieder in voller Höhe !**

**Nehmen sie als oberster Dienstherr ihre
Fürsorgepflicht wahr und schaffen sie wieder
Vertrauen damit ein Klima des gegenseitigen
Respekts und eine gefühlte Gerechtigkeit erzeugt
wird.**